

PRESSEMITTEILUNG

BLGS kritisiert Moratorium Pflegeberufsreformgesetz

Berlin, 11. Februar 2016

Am morgigen Freitag, den 12.02.2016 wird in Berlin das „Moratorium Pflegeberufsreformgesetz“ vorgestellt. Als Initiatorinnen des Moratoriums laden Elisabeth Scharfenberg (MdB), pflege- und altenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen zum Pressegespräch.

Scharfenberg und Steffens kritisieren die vielen bis dato ungeklärten Fragen und die damit verbundenen potenziellen Risikofolgen. Diese betreffen vor allem die Kostenentwicklung, die Ausbildungsinhalte, die Kapazitäten an den Ausbildungsstätten und die Bereitschaft, zukünftig Pflegekräfte auszubilden. Sie fordern die Vorlage einer Risikofolgenabschätzung, eine detaillierte Kostenkalkulation sowie die Veröffentlichung der geplanten Ausbildungsverordnung noch vor der ersten Lesung des Gesetzes im Bundestag. Bis dahin sei das gesetzgeberische Verfahren auszusetzen.

Der BLGS spricht sich klar gegen ein solches Moratorium aus. Selbstverständlich muss die Finanzierung der Aus-, Fort- und Weiterbildung auf solide Füße gestellt werden. Insbesondere an der Entwicklung der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung sind diejenigen Fachverbände bevorzugt und rechtzeitig zu beteiligen, die hier über die entsprechende Expertise verfügen. Der BLGS ist die wichtigste Dachorganisation der Bildungseinrichtungen und der Lehrenden in der Pflege und wird diesen Prozess auch weiterhin konstruktiv begleiten.

Alt-Moabit 91
10559 Berlin
www.blgs-ev.de

Telefon: 0 30 / 39 40 53 80
Telefax: 0 30 / 39 40 53 85
Email: info@blgs-ev.de

Vorsitzender: Carsten Drude

Bankverbindung: Bank im Bistum Essen, Konto 30 381 017, BLZ 360 602 95
BIC: GENODE1BBE

Amtsgericht Charlottenburg VR 31906 B

IBAN: DE27360602950030381017

Den nach jahrelangem politischem Ringen endlich in Gang gesetzten Reformprozess jetzt plötzlich wieder zu stoppen, käme allerdings einer politischen Bankrotterklärung gleich, so Carsten Drude, Bundesvorsitzender des BLGS. Ein solches Moratorium böte den einschlägig bekannten Reformgegnern ein willkommenes Einfallstor, um mit ihren altbekannten Positionen die generalistische Pflegeausbildung wieder grundsätzlich in Frage zu stellen. Angesichts der bisherigen Befürworter und Unterzeichner zeige sich, dass hier insbesondere die Partikularinteressen arbeitgebernaher und medizinischer Verbände bedient werden.

Demgegenüber stehen die Verbände des Deutschen Pflegerats geschlossen für die Einführung der generalistischen Pflegeausbildung. Pflegende und Pflegelehrende wollen dieses Moratorium nicht! Die großen Wohlfahrtsverbände, wie z.B. Caritas und Diakonie haben sich ebenfalls bereits sehr früh für die generalistische Pflegeausbildung ausgesprochen.

Der (BLGS) vertritt die Interessen der Lehrerinnen und Lehrer und der Schulen im Gesundheits- und Sozialwesen. Er sieht sich als Ansprechpartner für alle fachlichen Belange in Fragen der Bildung im Gesundheits- und Sozialwesen auf nationaler und internationaler Ebene und für pädagogische und betriebswirtschaftliche Angelegenheiten der Lehrer / -innen und Lehrenden der Bildungseinrichtungen für Gesundheits- und Sozialwesen in Deutschland.

Der BLGS ist Ratsmitglied im Deutschen Pflegerat (DPR) und Trägerverband des Deutschen Bildungsrates für Pflegeberufe (DBR).

Kontakt:

Bundesverband Lehrende Gesundheits- und Sozialberufe BLGS
Bundesgeschäftsstelle
Alt Moabit 91
10559 Berlin

Telefon: 030 / 39 40 53 80

Telefax: 030 / 39 40 53 85

www.blgs-ev.de

info@blgs-ev.de

Alt-Moabit 91
10559 Berlin
www.blgs-ev.de

Telefon: 0 30 / 39 40 53 80
Telefax: 0 30 / 39 40 53 85
Email: info@blgs-ev.de

Vorsitzender: Carsten Drude

Bankverbindung: Bank im Bistum Essen, Konto 30 381 017, BLZ 360 602 95
BIC: GENODED1BBE

Amtsgericht Charlottenburg VR 31906 B

IBAN: DE27360602950030381017